

Ökonomie ohne imperiale Note erforderlich!

Kurt Wolfgang Ringel

„Ist die Krise der Europäischen Union wirklich durch Griechenland verursacht? Das Land ist tief verschuldet, gewiss, aber wer hat denn den Griechen die hohen Kredite aufgeschwatzt? Der Kreditgeber musste wissen, dass Griechenland außerstande ist, die Last der Tilgung zu tragen. Bei Kreditverschuldung ist das Problem immer doppelseitig gelagert. Der eine will den Kredit haben, der andere will ihn geben. Wer ist nun schuld? Der Nehmer oder der Geber?

Griechenland zeigt jetzt, dass es, nur um Kreditrückzahlungen zu gewährleisten, quasi ökonomische Substanz an »ausländische« Gläubiger verkaufen muss. Es handelte nicht im Maße seiner eigenen ökonomischen Möglichkeiten und muss nun hinnehmen, dass es ökonomisch besetzt wird, also Kolonie auf ökonomische Art wird. Nicht so absolut wie einst Afrika, aber ebenso sicher. Es bleibt ihnen noch, sich frei zu hungern.

Die Lehre ist, nach einer anderen Art ökonomischen Internationalismus zu fragen, der nicht die imperiale Note im Gepäck trägt.“ [1]

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

was da mit und in Griechenland abläuft, ist kein Einzelfall. Ebenso können wir nach Irland, nach Portugal und nach Spanien schauen. Die Proteste gegen Sparmaßnahmen und Sozialabbau in Europa nehmen nicht ab. Doch wie international ist die Bewegung? Haben die »Empörten« gemeinsame Ziele? Esther Vivas, Aktivistin aus Spanien, Daniel Garvin, von der britischen Initiative UK Uncut und die griechische Gewerkschafterin Despina Koutsoumba diskutierten bei ihrem Besuch im ND über die Zukunft der »Real-Democracy«-Bewegungen.[2]

Das Gesetz, welchem das griechische Parlament zugestimmt hat, bürdet Millionen von Erwerbslosen und kleinen Selbstständigen ein weiteres Mal schier untragbare Lasten der Krise auf, die sie nicht selbst verschuldet haben. Ein Gesetz, vorgelegt von einer Regierung und einem Ministerpräsidenten, der 2009 im Wahlkampf versprochen hatte, die krisengeschüttelte Wirtschaft durch staatliche Investitionen und moderate Lohnerhöhungen fördern zu wollen. Doch der Ministerpräsident setzte, kaum an der Macht, eine Steuererhöhung, eine Lohn- und Rentenkürzung nach der anderen durch und senkte die staatlichen Ausgaben drastisch. Und gegen den wachsenden Widerstand seiner Wähler führt er diese Politik fort.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

uns interessieren die Ursachen der Probleme, die es in Griechenland existieren. Wir können aber nicht so einfach die Dinge in dem Lande beurteilen. Deshalb bitten wir die griechische Politologin, Frau Vassiliki Georgiadou, uns die Ursachen für die Krise in ihrem Heimatlande zu nennen:

»Es gibt vier Ursachen: Erstens: Wir haben, durch ausländische Kredite finanziert, viel konsumiert, aber der Agrar- und Industriesektor produziert nicht genug. Wir haben keine Basis für eine prosperierende Wirtschaft. Zweitens: der Etatismus in Griechenland. Schon nach der Befreiung vom Osmanischen Reich im 19. Jahrhundert war der Staatsapparat zu groß und zu aufgebläht. Heute ist etwa die Hälfte der elf Millionen Griechen erwerbstätig - und es gibt 800 000 Beamte. Drittens: Die Politik handelt zu oberflächlich, bekämpft nur die Symptome, aber nicht die Ursachen der Krise.

Das vierte Problem ist der griechische Klientelismus, in dem die großen politischen Parteien die Hauptrolle spielen. Die (konservative) Neue Demokratie und die (sozialdemokratische) PASOK haben ein Kartell gebildet. Es gibt seit Jahrzehnten einen chaotischen Proporz, der alles kaputt macht. Immer wenn eine Partei die Regierung übernimmt, besetzt sie Hunderttausende von Stellen in der Bürokratie mit ihren Mitgliedern. Nicht nur leitende Beamte werden ausgetauscht wie in Deutschland, sondern auch kleine Beamte, die einfache Posten besetzen. Dieser Mechanismus wird von allen Parteien mitgemacht - auch von den kommunistischen.«[3]

Den letzten beißen die Hunde. Das war einmal. Im Kapitalismus werden erbarmungslos Menschen durch Menschen bestraft. Und das umso gnadenloser, wenn die Knecht-Nationen nicht die Kriterien erfüllen, die ihnen die Herren-Länder diktieren. Politiker, Manager und Banker fragen nicht, wie und wovon die betroffenen Menschen leben, sie wollen nur Geld, sie wollen Profit .- Und den um jeden Preis.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

welche Folgen hat das Abstimmungsergebnis im griechischen Parlament? Hören wir zwei Stimmen der griechischen Opposition:

»Der Bankrott ist ohnehin eine objektive Tatsache«, erklärte KKE-Generalsekretärin Aleka Papatou (Kommunistische Partei) , während zeitgleich Tausende Mitglieder der parteinahen Gewerkschaftsfront DAME in den Straßen der Hauptstadt demonstrierten. »Worauf es ankommt, ist, dass das Volk sich nicht der Erpressung und den Erpressern fügt.« Das neue Paket enthalte so gut wie ein Gesamtverzeichnis des gesellschaftlichen Vermögens, kommentierte Fraktionsvorsitzender der Linksallianz, Alexis Tsipras, die Ablehnung durch SYRIZA. »In einem einzigen Gesetzesartikel verkaufen wir alles.«

Was ändert sich in Griechenland durch das Abstimmungsergebnis? Die Meinung des Marktstrategen Robert Halver von der Baader sieht es meiner Meinung nach sehr realistisch:

„Erwartung erfüllt, mehr nicht. Damit wurde nur ein Desaster vermieden. Im Grunde ist aber nichts gewonnen, denn an der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft und den hohen Schulden des Landes ändert das Ganze überhaupt nichts. Deswegen kam es auch zu keinem großen Hurra-Schrei, von einem nachhaltigen Befreiungsschlag kann keine Rede sein.“[4]

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

jede menschliche Gesellschaft ist störanfällig. Das ist an sich kein Problem unter gesunden Verhältnissen, d. h. unter Verhältnissen, die gesund sind. Und es ist dort gesund, wo uneigennütige Hilfe der Menschen untereinander selbstverständlich ist.

Ein entscheidender Fehler, der gemacht wurde ist, dass der Euro ohne Beachtung wirtschaftlicher Unterschiede und Besonderheiten der einzelnen Länder eingeführt wurde. Dieser Einführung hätte zumindest eine Angleichung auf einem vertretbarem Niveau erfolgen müssen. Betrachten wir doch nur einmal die unterschiedliche Lebensweisen z. B. in Griechenland, in Portugal und in Deutschland. Da wäre doch ein längerer Prozess von Nöten gewesen, um überhaupt die Voraussetzungen für eine einheitliche europäische Währung zu schaffen. Unter diesem Gesichtspunkt empfehle ich, auch den Artikel „Das vertagte Projekt (Siehe Postskriptum !) zu lesen.

Der Kapitalismus ist keine menschliche Gesellschaft. Deshalb müssen wir von allen Menschen und Völkern, die dem Imperialismus entgegentreten, lernen, Freiheit und Menschenrechte zu erkämpfen. Nur so kann die Menschheit ihre Menschenwürde bewahren.

Herr Alexander Wallasch aus Braunschweig äußert einige nachdenkliche Worte zur Euro-Krise:

„Die Griechen haben uns das Gyros geschenkt. Was haben wir draus gemacht? Döner... Ach ja, und dann war da ja noch was mit der Demokratie.“[5]

QUELLEN:

[1] Ökonomie ohne imperiale Note gefragt« Leserbrief aus: Neues Deutschland vom 14. Juni 2011

[2] Neue Hoffnung auf eine andere Welt; Neues Deutschland vom 29. Juni 2011

[3] Chaotischer Proporz in Griechenland/ Politologin Vassiliki Georgiadou sieht die Krisenursachen vor allem im Parteien-Klientelismus; Neues Deutschland vom 28. Juni 2011

[4] Am Parlament hängt die Zukunft/Der Grieche Panagiotis Adamis aus Fallersleben kommentiert die Folgen von Sparpaket und Milliardenhilfe; Braunschweiger Zeitung vom 30. Juni 2011

[5] Braunschweiger Zeitung vom 30. Juni 2011

PS.:

Das vertagte Projekt

Für Deutschland war die Währungsunion immer ein Opfer. Dass es für eine vom Außenhandel lebende Wirtschaft auch viel zu gewinnen gab, hat das allgemeine Bewusstsein nie erreicht. Die EU-Partner haben das leidenschaftliche Verhältnis der Germanen zur D-Mark bespöttelt, letztlich aber ernst genommen. Für sie war die Aufgabe der D-Mark Unterpfand für den Willen der wiedervereinigten Nation, in der EU verankert zu bleiben.

Diese Bereitschaft war deutscherseits an eine Voraussetzung geknüpft: Der Euro musste so hart werden wie die Mark. Auch in der alten Bundesrepublik war indes die harte Mark nicht allein dem besonnenen Geld-Management der Währungshüter zu verdanken, sondern auch einer disziplinierten Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Deren Entsprechung war aber auf europäischer Ebene nicht verlässlich zu haben – sie hätte eine politische Integration vorausgesetzt, zu der die Staaten 1992 nicht bereit waren.

Hilfsweise wurden zwei Instrumente in Stellung gebracht. Wo es an Sparsamkeit mangelte, sollte der Stabilitätspakt korsettartig für Haltung sorgen. Und ein Haftungsausschluss sollte sicherstellen, dass der deutsche Steuerzahler niemals für die Verschwendung anderer würde büßen müssen. Beides hat nicht funktioniert. Der Stabi-Pakt hat sich als dehnbare Zwangsjacke erwiesen. Und seit die Griechen den Notfall ausgerufen haben, ist auch der Haftungsausschluss nicht mehr tabu.

Wie das am Stammtisch bewertet wird, ist absehbar: Man hat uns übers Ohr gehauen! Wie die Bundesregierung es sieht, ist bekannt: Wenn Korsett und Zwangsjacke nicht reichen, müssen Fußeißen und Handschellen her. Auch die währungspolitische Todesstrafe - Rauswurf aus dem Euro - ist nicht ausgeschlossen. Es gäbe freilich eine dritte Möglichkeit, auf die die US-Großbank Citigroup hinweist: Der Euro sei zum Scheitern verdammt, wenn sich die EU-Partner nicht endlich auf das vertagte Projekt der politischen Union verständigen: „Europa muss sich endlich ermannen und entscheiden, ob es die Vereinigten Staaten von Europa bilden oder ein Flickenteppich unabhängiger Staaten bleiben will.“

/* Braunschweiger Zeitung 2404-2010 */